

Einspruchsfrist läuft ab

Stuhrer Firma plant Sandabbau in Stühren

BASSUM ■ „Bisher sind bei mir noch keine Stellungnahmen eingegangen. Aber es gab bereits Anrufer, die angekündigt haben, etwas schicken zu wollen“, nimmt Andreas Gräfe vom Landkreis Diepholz Stellung zum derzeitigen Sachstand in Sachen Raumordnungsverfahren Sandabbau Stühren.

Wie berichtet, möchte die Firma M+S Transportgesellschaft aus Stuhr auf einer Fläche von etwa 30 Hektar Sand abbauen. Da bei einem solchen Vorhaben Konflikte programmiert sind, hat der Landkreis ein Raumordnungsverfahren eingeleitet. „Das ist ein geeignetes Instrument, um die verschiedenen Belange abzuwägen“, erläutert Andreas Gräfe den Hintergrund.

Bis zum 31. Januar haben alle Bürger noch Gelegenheit, ihre Stellungnahme zu dem Vorhaben abzugeben. Sämtliche dafür erforderlichen Unterlagen können beim Landkreis direkt oder im Internet auf der Homepage des Kreises eingesehen werden. Gräfe betont: „Eine Vorentscheidung ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht gefallen. Weder für noch gegen das Vorhaben.“ Die Argumente würden gewichtet. „Wir werden versuchen, das Verfahren so transparent wie möglich zu gestalten.“

Sobald alle Meinungen vorliegen, werde es einen öffentlichen Beratungstermin geben. Wenn notwendig, auch mehrere. Gräfe rechnet, dass das Verfahren etwa sechs Monate in Anspruch nehmen wird. Dann

erst folge das eigentliche Genehmigungsverfahren. Gräfe betont: „In einem Raumordnungsverfahren geht es nicht um Details, nicht um das wie, sondern ob das Vorhaben überhaupt realisiert werden sollte.“

Der von M+S geplante Sandabbau liegt teilweise in einem Vorranggebiet für Rohstoffgewinnung. Zudem ist vom Abbau auch ein Vorranggebiet für „Ruhige Erholung in Natur und Landschaft“ sowie ein Landschaftsschutzgebiet betroffen. Weiterhin befinden sich vereinzelt Wohnhäuser und eine Wochenendhaus-siedlung in unmittelbarer Nachbarschaft. Bei der Abwägung der Argumente dürfte auch das Hügelgrab aus der Bronzezeit eine Rolle spielen, das unter Denkmalschutz steht. Diese archäologische Fundstelle liegt mitten im Plangebiet.

Bereits 2011 haben sich Anwohner zusammen geschlossen, um das Vorhaben öffentlich zu machen. Sie fürchten unter anderem Zerstörung der Natur, Verkehrsbelastungen und Auswirkungen auf den Wasserhaushalt. Derzeit bereitet die Bürgerinitiative eine Stellungnahme gegen den Sandabbau vor.

Auch Bassums Bauamtsleiter Michael Junge arbeitet an einer Vorlage, die am 23. Januar im Verwaltungsausschuss der Stadt besprochen werden soll. Für die Kommune seien aus planerischer Sicht vor allem die Rohstoffsicherung und die Erschließung zu untersuchen und bewerten, erklärt Michael Junge. ■ al

Kreiszeitung

Syker Zeitung · Stuhr-Weyher Zeitung